



## Unis für mehr FWF-Mittel

Die **Universitäten** wünschen sich im Rahmen der von der Regierung angekündigten Exzellenzinitiative für die Grundlagenforschung eine Verdreifachung der Mittel des Wissenschaftsfonds FWF. So sollen etwa mindestens 25 Prozent der Overheadkosten für FWF-Projekte abgedeckt werden, so die Präsidentin der **Universitätenkonferenz (uniko)**, Eva Blimlinger, am Dienstagabend beim **uniko-Neujahrsempfang**. Im Rückblick auf den Abschluss der Leistungsvereinbarungen sparte sie nicht mit Lob gegenüber dem Minister: „Ja, es war ein gutes, fast möchte ich

sagen, sehr gutes Jahr für die Universitäten – da gibt es einmal nichts zu jammern und zu fordern, man kann es kaum glauben, es war das Beste für die Universitäten.“ Auch **Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP)** zeigte sich mit der Budgeterhöhung „sehr zufrieden“. Das Gesamt-Plus von 13 Prozent erlaube die Ausschreibung von insgesamt 360 neuen Professuren bzw. Laufbahnstellen. „Das ist von der Größenordnung her eine große Universität, die neu dazu kommt“, so der Minister. Die uniko-Präsidentin erinnerte daran, dass die Finanzierung für die Universitäten an Bedingungen gebunden sei. „Die vorgegebenen Ziele zu erreichen, ist für uns alle eine Herausforderung.“

Foto: APA/Tanzer

## Verstärkung für die mobile Pflege

LAbg. Hattmannsdorfer will Sofort-Maßnahme gegen Fachkräftemangel

Im Unterausschuss zur Pflege will die OÖVP heute erste wichtige Schritte im Kampf gegen den Fachkräftemangel beantragen. „Pflegeassistenten sollen künftig auch im mobilen Pflegebereich arbeiten dürfen“, fordert OÖVP-Sozialsprecher LAbg. Wolfgang Hattmannsdorfer als sinnvolle Sofort-Maßnahme. Derzeit ist der Einsatz von Pflegeassistenten (PA/einjährige Ausbildung) im mobilen Bereich nicht möglich.

„Alle anderen Bundesländer setzen Pflegeassistenten bereits erfolgreich im mobilen Bereich ein“, erklärt Hattmannsdorfer. „Wenn wir Pflegeassistenten auch in Oberösterreich zulassen, kommen in Grenzgebieten

zusätzliche Personalreserven hinzu. Für Wiedereinsteiger oder Umsteiger schaffen wir Flexibilität durch mehr Berufsmöglichkeiten. Zudem erhöhen wir die Durchlässigkeit zum Gesundheitssystem und entlasten die Fachsozialbetreuer Altenarbeit durch Nachbesetzung offener Stellen, die derzeit nicht besetzt werden können.“

### Richtlinienänderung nötig

Zum Einsatz von Pflegeassistenten im mobilen Bereich bedarf es allerdings einer Änderung der „Richtlinie zur Förderung professioneller sozialer Dienste in OÖ“ – diese Richtlinie stammt aus dem Jahr 2006. „Im Unterausschuss zur Pflege wollen wir

konkrete Schritte zur Umsetzung der Sofort-Maßnahme setzen“, so Hattmannsdorfer. Bei diesem Thema stimmt auch SPÖ-Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer mit ihrem Landtagskollegen überein. „Ein wichtiger Meilenstein ist auch die Verlängerung und Ausweitung des Fachkräftestipendiums“, so Gerstorfer. In OÖ sind rund 80.000 Personen pflegebedürftig – bis 2025 werden es bereits mehr als 94.000 Personen sein. In der Altenbetreuung werden laut Prognosen in Oberösterreich bis 2025 insgesamt 1600 zusätzliche Vollzeitkräfte in der Pflege benötigt. Alleine 2019 geht man von rund 250 Vollzeitkräften im Pflegebereich aus, die zusätzlich benötigt werden.

## Amon zu BVT-Ausschuss: „Sehe keinen Skandal“

Beim gestrigen Befragungstag im BVT-U-Ausschuss sorgte ein Ermittler aus dem Bundesamt für Korruptionsbekämpfung mit seinen Aussagen für Aufsehen. Werner B. berichtete nämlich von einer ÖVP-Datenbank, die beim ehemaligen Spionagechef des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, Bernhard P., gefunden wurde. Nicht beantworten konnte B. jedoch, ob P., der inzwischen gefeuert wurde und gegen den die Staatsanwaltschaft ermittelt, auch selbst etwas zu der Datenbank beigetragen hat.

### Informationen frei zugänglich

Enthalten habe die Sammlung Informationen aus der Wähler evidenz, die ja für die Parteien frei zugänglich ist, und zusätzliche Daten wie Telefonnummern und E-Mail-Adressen. Gekommen wären die Daten ursprünglich aus einer ÖVP-Landesorganisation oder dem ÖAAB, schilderte Ermittler B. Kein Fehlverhalten seiner Partei kann ÖVP-Fraktionschef Werner Amon angesichts der aufgetauchten Personendatenbank beim früheren BVT-Spionagechef erkennen. „Ich sehe da den großen Skandal nicht“, betonte Amon und erklärte, die Darstellung von Liste-Jetzt-Mandatar Peter Pilz, wonach die ÖVP mithilfe eines BVT-Mitarbeiters ihre Datenbank aufgefüllt habe, sei falsch. „Das Gegenteil ist der Fall“, so Amon. Es seien auf dem Computer des Ex-Spionagechefs Daten gefunden worden, „die offensichtlich aus der Personaldatenverarbeitung der ÖVP stammen“. Man könne ausschließen, dass P. auf die ÖVP-Datenbank Zugriff hatte oder Daten eingespeist habe. SPÖ-Fraktionschef Jan Krainer meinte, die Bevölkerung habe ein Recht zu erfahren, was mit ihren Daten passiert.

## Gegengeschäfte für Eurofighter im Fokus

Um die Gegengeschäfte im Zuge des Militärflugzeugkaufs durch die Republik Österreich geht es heute im Eurofighter-U-Ausschuss. Als Zeugen geladen sind Stefan Weiland aus dem Wirtschaftsministerium sowie Rudolf Lohberger von der Plattform Gegengeschäfte, dieser wurde bereits 2007 im ersten Eurofighter-U-Ausschuss befragt. Auch zwei Gutachten, eines von der Staatsanwaltschaft und eines vom Wirtschaftsministerium, dürften diskutiert werden.